

Thomas Hofmann

# **Konservative Geschichtspolitik 2006**

## **Ein Rückblick**

Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V.

**TEXTE & ARGUMENTE**

Es liegt wohl an der Götterdämmerung der gegenwärtigen US-Administration, daß sich die Abwendung westlicher „Neocons“ von ihren eigenen Thesen derartig häuft, obwohl diese dem Publikum noch vor kurzem als unbezweifelbar dargestellt worden waren. Anderthalb Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung des „Kalten Krieges“ und knapp fünf Jahre nach der Proklamation des „war on terror“ riecht es nach dem Anbruch neuer Zeiten.

Zu den intellektuellen Mandarinen des Neokonservatismus, die im Laufe des letzten Sommers ihre Abkehr zu Protokoll gaben, zählt auch der bekannte amerikanische Politologe Francis Fukujama. 1990 hatte er die nach dem Ende des sowjetischen Imperiums erwartete zeitlose Dominanz eines marktradikalen Chiasmus in dem vielzitierten Diktum vom „Ende der Geschichte“ prägnant formuliert und damit eine der Überschriften der „neuen Ära“ geschaffen. Heute sieht er das nun anders, wie er die Leser der Feuilletons kürzlich wissen ließ.

Unter der Erwartung, die Menschheit habe mit dem westlichen Liberalismus ihr Endstadium erreicht, ergab sich auch in den Referenzsystemen der realhistorischen Entwicklung ein charakteristischer Wandel. Vor allem in den mit „Zeitgeschichte“ – hier klassisch verstanden als „Geschichte der Mitlebenden“ – befaßten Sparten des Kulturbetriebes führte dies zu einer Abwendung von der an einzelnen Ereignissen orientierten Historiographie mit ihren Fragestellungen nach Chronologie, Genesis und Kontext. Der Blick wurde typologisch-generalisierend und richtete sich – im Stil der Politikwissenschaft modellhaft-abstrakt – auf Diktaturen, Totalitarismus, Imperien, Kriege als solche, jenseits der spezifischen Ausprägungen der singulären Phänomene. Rückschau als Vergewisserung innerhalb einer Bewegung in eine offene Zukunft war „out“, denn die Zukunft schien definiert.

Noch der inzwischen legendäre „Historikerstreit“ des Jahres 1986, an dessen 20. Jahrestag in diesem Sommer verschiedentlich erinnert wurde, endete ja damit, daß die These von der „Singularität“ der nationalsozialistischen Judenverfolgung durch die linksliberalen Autoritäten der alten BRD gegen Ernst Noltes Versuche bekräftigt wurde, diese mit anderen Menschheitsverbrechen, vor allem unter Stalin, in einen kausalen Zusammenhang zu stellen. Doch auch die damalige, für eine ganze Generation jüngerer Intellektueller prägende Großdebatte, wenige Jahre vor

dem Ende der DDR, enthält bereits embryonale Elemente der heutigen Konstellation: Während Nolte die Untaten des NS-Regimes in eine systemübergreifende Reihe von Menschheitsverbrechen einordnen und so – gewollt oder ungewollt – relativieren wollte, enthielt auch Jürgen Habermas' Beharren auf der Einzigartigkeit dieser Vorgänge eine unbeabsichtigt offene Flanke: die der Ausblendung der Kontexte und der überhistorischen Aufbereitung als globaler Menschheitsmythos, wie sie heute in Teilen der Holocaust-Education mitschwingen.

Diese Akzentverschiebungen verstärkten sich im öffentlichen Umgang mit der deutschen Geschichte nach 1945, die nach der Maueröffnung eine besondere Konjunktur erlebte, vorzugsweise unter dem Rubrum der „DDR-Aufarbeitung.“ Nach 1989 entwickelte sich, befeuert durch dreistellige Millionenbeträge, die man z.B. der sogenannten „Gauck-Behörde“ pro Jahr zum Zwecke der Sichtung der trüben Hinterlassenschaften der DDR-Staatssicherheit bereitstellte, ein neu-alter Zweig der Zeitgeschichte: die „vergleichende Diktaturforschung“, die im Rekurs auf eher holzschnittartig-banalisierte Varianten der „Totalitarismustheorie“ der 50er Jahre mit der SED-Herrschaft die der NSDAP gleich mitzubehandeln vorgab (oder umgekehrt).

Unter Hinweis auf zweifellos an Orwell erinnernde Sachverhalte, die aus SED- und MfS-Archiven rekonstruierbar wurden, forderten neue und alte Anhänger der Gleichsetzung von Rot und Braun ostentativ eine neue Akzeptanz der Totalitarismustheorie. Diese war von amerikanischen Politologen wie Friedrich und Brzezinski in den 50er Jahren ausgearbeitet worden und galt in den 80er Jahren im Westen nur noch als von wissenschaftsgeschichtlichem Interesse. Die Revitalisierung der politikwissenschaftlichen Totalitarismustheorie bei der seit 1989 mit Milliardenaufwand betriebenen „DDR-Aufarbeitung“ ist die Ursache endloser und für Außenstehende kaum noch durchschaubarer Konflikte um Museen und Gedenkstätten, Forschungsinstitute und Bildungseinrichtungen vor allem in den „neuen Ländern“ und Berlin. Sie bewirkt als retardierendes Moment die bildungspolitische Fruchtlosigkeit der „DDR-Aufarbeitung“ in Ost und West, welche in empirischen Studien immer wieder festgestellt wird. Und sie macht die Zeitgeschichte in ihren wissenschaftlichen und kulturell-bildenden Ausformungen noch stärker als bisher zum Appendix eines vermachteten, staatspoliti-

schen Überbaus, der über das Instrument der Mittelvergabe inhaltliche Akzentuierungen erzwingt, die wiederum auf parteipolitisch ausgehandelte Formelkompromisse zurückgehen.

Diese Mechanismen sollen im folgenden an drei geschichtspolitischen Konflikten aufgezeigt werden, die während des Jahres 2006 die Öffentlichkeit beschäftigten.

\*\*\*

Geschichtspolitisch begann das Jahr 2006 im Oktober 2005 mit einer pompösen Tagung in Weimar, die von der dortigen „Ettersberg-Stiftung“, einem stramm konservativen „Think Tank“ der Thüringer Landesregierung in Kooperation mit der Bayrischen Landeszentrale für politische Bildung ausgerichtet wurde. Dem entsprachen auch Teilnehmer und Thema: Es trafen sich rund 200 überwiegend konservative Historiker mit der fast vollständig versammelten Prominenz der ehemaligen DDR-Bürgerrechtsbewegung (Gauck, BIRTHLER, Neubert, Nooke, HILSBURG, Meckel, Vaatz) zum Thema „Der Kommunismus in der deutschen Erinnerungskultur“. Bereits in der Einladung wird deutlich, was den Teilnehmerkreis, an den in den letzten 15 Jahren mehr als 3 Milliarden Euro Forschungsgelder ausgeschüttet wurden, vorzugsweise bewegt: „Die Erinnerung an die SED-Diktatur ist bis heute defizitär. Der öffentliche Diskurs über die kommunistische Herrschaft blieb im Schatten der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und dem Holocaust ...“ Dieses Leitmotiv schlug auch der Vorsitzenden der Ettersberg-Stiftung Hans-Joachim Veen in seiner Begrüßung an: Den zentralen Bezugspunkt der deutschen Erinnerungskultur stelle – „seit den 70er Jahren in der alten Bundesrepublik“ – die NS-Diktatur und der Holocaust dar. Daran habe sich nach der Wiedervereinigung nichts Grundlegendes geändert, im Gegenteil: Mit dem in den neuen Bundesländern verbreiteten „antifaschistischen Impetus der DDR“ habe diese westdeutsche Fixierung (!) weiter an Bedeutung gewonnen.

Bereits hier werden zwei Merkmale deutlich, die die geschichtspolitischen Debatten des Jahres 2006 prägen sollten. Die DDR-Aufarbeiter hatten sich vom Ende des SED-Staates offensichtlich veränderte Themensetzungen der Zeitgeschichte erhofft. Und es stört sie, daß sie mit

ihren Gegenständen auch im vereinten Deutschland „im Schatten“ der wissenschaftlichen und kulturellen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus verblieben sind. Das wiederum resultiert nicht aus „Fixierungen“ irgendeiner Art, sondern aus der Sache selbst: Die NS-Diktatur und der von dieser ausgelöste Zweite Weltkrieg bleiben als grundlegender Ausgangspunkt für alle Entwicklungen nach 1945, auch für den in Ostdeutschland folgenden SED-Staat, im öffentlichen Bewußtsein zentral.

Die Weimarer Tagung, die in der Öffentlichkeit leider kaum beachtet wurde, illustriert auf einzigartige Weise die gegenwärtigen Konstellationen in der Zeitgeschichte. Über ihren Verlauf existiert ein scharfsinniger Tagungsbericht von Franziska Augstein, den die „Süddeutsche Zeitung“ am 4. November 2005 im Feuilleton veröffentlichte. Die bekannte Journalistin war offenbar die einzige Vertreterin eines großen Blattes bei dieser bemerkenswerten Veranstaltung. Aus ihren Ausführungen über „den konzertierten Versuch, die deutsche Geschichte umzuschreiben“ spricht bei aller Gedankenschärfe zugleich die Verwunderung darüber, was sich in Weimar vor ihren Augen und Ohren abspielte: „Vor zwei Wochen ging es in Weimar hoch her. Die Stiftung Ettersberg hielt eine Tagung ab. Die wichtigsten Repräsentanten des DDR-Erinnerungswesens trafen hier zusammen, und die von der Geldnot provozierten Streitigkeiten in der Gemeinde ... traten offen zutage. (...) Da Fördermittel stets begrenzt sind, legten viele Mitspieler auf dem Feld der DDR-Erinnerungskultur es darauf an, das Gedenken der Nazi-Verbrechen zugunsten der Erinnerung an die SED-Taten zurückzudrängen. Das konnten sie (bisher) nicht durchsetzen ...“

Mit der Unbefangenheit der Außenstehenden registriert die linksliberale Journalistin hier einen ebenso banalen wie meist hinter schönen Worten verschleierte Sachverhalt, der ebenfalls zu den basalen Merkmalen der Lage der Zeitgeschichte gehört: In den manchmal hochgelehrten, überwiegend komplizierten, immer aber hypermoralischen und deshalb von der Öffentlichkeit kaum noch durchschaubaren Debatten um Kommunismus und Nationalsozialismus, KZ und Gulag, rechte und linke Diktaturen, Opfer Hitlers und Opfer Stalins, Stasi und Gestapo geht es immer auch um Geld, und zwar um viel Geld. Die nach dem Mecklenburger Pastor Gauck benannte Behörde ist – was im öffentlichen

Diskurs kaum bewußt ist – auch in ihrem abgespeckten Umfang der größte öffentliche Arbeitgeber im Osten. Mit den von ihr in 15 Jahren verbrauchten Steuergeldern ließen sich ohne weiteres ein bis zwei mittelgroße Universitäten finanzieren. Es handelt sich mithin um Geldbeträge in Größenordnungen, deren Verwendung nur durch einen außerordentlichen Zugewinn an Erkenntnissen zu legitimieren wäre. Wie es darum bestellt ist, auch darum ging es in den geschichtspolitischen Debatten des Jahres 2006.

Franziska Augstein benennt unter dem Eindruck der Weimarer Tagung bereits den entscheidenden Grund für die immer wieder – zuletzt in einer Studie des Geschichtslehrerverbandes – beklagte bildungspolitische Wirkungslosigkeit der „DDR-Aufarbeitung“ in Ost und West: „In den 90er Jahren feierte die Totalitarismustheorie Urstände – nicht obwohl, sondern weil sie die Frage nach fundamentalen Unterschieden zwischen linken und rechten Diktaturen a priori mit Nein beantwortet: Stets handelt es sich um Totalitarismen. Daß Regime und Diktaturerfahrungen verschieden sind, läßt sich mit der Totalitarismustheorie nicht darstellen. Mit ihr ist eine differenzierte Betrachtung der SED-Herrschaft nicht möglich. In der Arztausbildung entspräche dieser Ansatz der Beschränkung auf das Credo: Ich bin gegen Krankheit.“

Die Weimarer Konferenz konservativer Professoren der Zeitgeschichte mit der Creme der ehemaligen DDR-Bürgerrechtsbewegung ist der Ausgangspunkt der komplizierten Konflikte, die in Form mannigfaltiger Inszenierungen im Laufe des Jahres 2006 an verschiedenen Gegenständen ausgetragen wurden. Aus der gegenwärtigen Perspektive erscheint diese Tagung wie der neu hinzugefügte Prolog zu einem Schauspiel aus den 50er Jahren, das bereits in den 90er Jahren beim Publikum durchgefallen war und nun erneut auf die Bühne gebracht wird.

Im Laufe des Frühjahres 2006 ergaben sich zwei parallele Diskurs- und Ereignisfolgen, die hier aus Gründen der Übersichtlichkeit getrennt voneinander behandelt werden. Gleichwohl korrespondieren sie hintergründig miteinander, vor allem über die Frage der Verteilung von Finanzmitteln, ohne daß dies von den Akteuren offengelegt würde.

Zunächst konzentrierte sich die Debatte im Frühjahr 2006 auf die Empfehlungen einer Kommission unter Vorsitz des in Potsdam lehrenden Historikers Martin Sabrow, die noch in der Endphase der rot-grünen

Regierung Schröder/Fischer eingesetzt worden war, um mehr „Professionalität“ und „Effektivität“ in der „DDR-Aufarbeitung“ zu gewährleisten. In der Umgebung von Kanzler Schröder, der seinen niedersächsischen Wählern einst erklärt hatte, „wir mußten sie (die Ostdeutschen) ja nehmen, wir konnten sie ja nicht den Polen geben!“, war aufgefallen, daß die von seinem Vorgänger Kohl den DDR-Bürgerrechtlern treuhänderisch übereignete „DDR-Aufarbeitung“ doch sehr viel Geld kostete, ohne daß die Ergebnisse jenseits der Enthüllungen der ersten Jahren nach den Archivöffnungen sonderlich überzeugend ausgefallen wären.

Zwar war seit 1989 eine große Anzahl spezialisierter Detailstudien entstanden, die sich meist auf die Repressionsapparate des SED-Staates und hier vor allem auf das „Ministerium für Staatssicherheit“ konzentrierten. Aber gerade in dieser Engführung der Fragestellungen vermochte dieses Schrifttum kein plausibles Bild der gesellschaftlichen Realität der DDR zu entwerfen, in dem sich die Ostdeutschen mit ihren Lebenserfahrungen wiederfinden konnten. Hinzu kam, daß die Laienhistoriker aus der DDR-Oppositionsszene der 80er Jahre mit Blick auf ihre Geldgeber eine parteipolitische Aufladung der Nachkriegsgeschichte förderten, die eng an die Muster des ebenso verbalradikalen wie rein proklamatorischen Antikommunismus anschloß, der in den 50er Jahren in Westdeutschland üblich gewesen war. Vor allem die deutsch-deutschen Läuterungsprozesse, die zur Entspannungspolitik der 70er und 80er Jahre geführt hatten, wurden erneut in die Nähe des nationalen Verrats und der Kumpanei mit Gewaltherrschern gerückt. Zur Seite standen den Aktivisten des Herbst 1989 dabei vereinzelt Renegaten der 68er Bewegung, vor allem aber stramm konservative Zeithistoriker aus dem Westen, die mit ihren verstaubten Interpretationsmodellen dort zuletzt kein Publikum mehr gefunden hatten, im orientierungslosen Osten nun aber auf dankbare Zuhörer stießen. Auch in der Zeitgeschichte wurde die deutsche Einheit zur zweiten Sternstunde der „old boys“ aus dem Westen mit ihren 50er-Jahre-Prägungen.

Die in dieser Konstellation entstandene Historiographie – das war schon seit Ende der 90er Jahre bemängelt worden – stellte sich als seltsames Gemisch aus kleinteiliger Lokal- und Regionalforschung dar, kombiniert mit einem trompetenden Antitotalitarismus. Die historische Entwicklung vor der Staatsgründung kam ebenso wenig in den Blick

wie die Tatsache, daß die DDR Teil eines Arrangements der Protagonisten des Kalten Krieges gewesen war, das selbst während der härtesten Phasen der Konfrontation im Prinzip von keiner Seite in Frage gestellt worden war. Vollends übersehen wird im Rahmen dieser DDR-Aufarbeitung, daß es sich bei den beiden deutschen Staaten um komplementäre Frontstaaten des Kalten Krieges handelte, deren innere Entwicklung ohne kritische Einbeziehung der jeweils anderen Seite überhaupt nicht verstanden werden kann.

Es soll nun hier nicht der Eindruck erweckt werden, die rot-grüne Bundesregierung sei sich dieser Mängel der DDR-Aufarbeitung im Detail bewußt gewesen. Aber die Unzufriedenheit mit den hohen Kosten und unzureichenden Wirkungen der Arbeit der Gauck-Behörde sowie der sich um sie herum wildwüchsig entwickelnden Grenz Museen, Gedenkstätten, Stiftungen und Institute für Totalitarismusforschung war dann doch so groß geworden, daß die tüchtige Kulturstatsministerin Weiß den Auftrag erhielt, Veränderungsvorschläge erarbeiten zu lassen. Die von ihr berufene „Sabrow-Kommission“ aus Historikern, Museumsfachleuten und Bürgerrechtlern arbeitete ein gutes Jahr lang, bevor sie im Mai 2006 ihre Empfehlungen vorstellte.

Unterdessen hatte sich jedoch die Geschäftsgrundlage verändert, denn die rot-grüne Bundesregierung war abgewählt worden und an ihre Stelle war die Große Koalition getreten. Mit dem Bremer Bernd Neumann war ein altes CDU-Schlachtroß aus dem Umkreis Helmut Kohls Kulturstatsminister geworden, sein Stellvertreter Helmut Schäfer, ehemaliger Direktor des Bonner „Haus der Geschichte“, ist ebenfalls ein Helmut-Kohl-Mann. Für diese beiden Herren, die sich in Sachen „DDR-Aufarbeitung“ von Hubertus Knabe, dem Leiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen, den Politologen Manfred Willke und Jochen Stadt vom „Forschungsverbund SED-Staat“ sowie von dem Nolte-Verehrer Horst Möller vom „Institut für Zeitgeschichte“ in München – eine Art „Krawall-Fraktion“ in der Zeitgeschichte – beraten lassen, war die „Sabrow-Kommission“ nur mehr ein lästiges Kuckucksei der rot-grünen Ära. Wäre, wie man es erwartet hatte, nach dem 18. September 2005 eine Regierung Merkel/Westerwelle gebildet worden, hätte man die Empfehlungen der „Sabrow-Kommission“ ohne Widerstände in den Reißwolf stecken können. Nun gab es aber wieder eine Regierung unter Be-



teilung der Sozialdemokratie, und da war schon aus Gründen der Koalitionsarithmetik eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Empfehlungen der „Sabrow-Kommission“ zu inszenieren, bevor man sie dann der Registratur übergibt. Bereits an dieser Stelle wird erkennbar, wie sehr die vor den Augen der Öffentlichkeit durchgeführten Inhaltskontroversen durch einen staatspolitischen Überbau und außerwissenschaftliche, parteipolitische Arrangements präformiert sind, seit die großen Institutionen der Geschichtskultur, vor allem im Osten, am Gängelband des üblicherweise so sehr gerühmten Kulturstaatsministeriums hängen.

Die Vorschläge der Sabrow-Kommission, über die im konservativen Milieu – nach bewährtem Muster – mit Berufung auf den Opferstatus und im Betroffenheitsgestus bereits polemisiert wurde, bevor sie überhaupt veröffentlicht waren, laufen im wesentlichen auf zwei Maßnahmenkomplexe hinaus:

- Organisatorisch soll durch die Schaffung eines „Geschichtsverbundes“ eine Eindämmung des institutionellen Wildwuchses von Stiftungen, Grenzmuseen, Gedenkstätten, Forschungs- und Bildungseinrichtungen zum Thema „DDR“ erfolgen. Mit dem Mittel einer sachten Zentralisierung soll zugleich dem inhaltlichen und didaktischen Dilettantismus entgegengewirkt werden, der diese Einrichtungen häufig auszeichnet: „Es gibt eine Vielzahl von Museen, die zwar dank staatlicher Zuwendungen existieren, aber nicht arbeiten können, weil ihnen dazu nicht bloß das Geld fehlt, sondern auch die Kompetenz. (...) Die Ausstellungen, die an Mauerflüchtlinge, an die von sowjetischen Besatzern Inhaftierten oder an Stasi-Verhörpraktiken erinnern, haben nicht selten die Aura eines Heimatmuseums, das gern Geisterbahn wäre. Lernen kann man da wenig. Dazu sind diese Orte auch nicht eingerichtet, sie wollen vor allem eine moralische Botschaft übermitteln: Die Stasi war böse, die DDR war böse.“ (F. Augstein in SZ, 08./09.04.2006).
- Inhaltlich rät die von Martin Sabrow geleitete Kommission, die Darstellung der DDR nicht weiterhin auf das „Ministerium für Staatssicherheit“, die Gefängnisse und andere Repressionsapparate in dieser vermachteten Gesellschaft zu beschränken, sondern auch andere Aspekte des Alltags zu zeigen, z.B. freiwillig-unfreiwillige Aktivitäten aller Art, Zwangsmitgliedschaften und karriereförderliche Meldungen

zum Militärdienst. Denn „die spannungsreiche Wechselbeziehung von Herrschaft und Gesellschaft, zwischen Akzeptanz und Auflehnung, mißmutiger Loyalität und Nischenglück“ werde durch den Tunnelblick auf die Staatssicherheit nicht deutlich. Die Kommission, darunter bekannte DDR-Oppositionelle wie Roland Jahn, Ulrike Poppe und Rainer Eckart war sich einig, daß die DDR „weder aus der Intensität der geheimpolizeilichen Verfolgung und Überwachung noch auch allein von der gewaltsamen Abriegelung ihrer innerdeutschen Grenze her ausreichend erfaßt und dargestellt werden kann“. Dabei geht es vor allem um die Adressaten der Aufklärungsbemühungen: „Eine Erinnerungslandschaft, die Millionen ehemaligen DDR-Bürgern zeigen wollte, daß sie 40 Jahre quasi im Antichambre von Einzelhaft- und Folterzellen verbracht hätten, würde ihr Publikum nicht finden.“ (F. Augstein in SZ, 12.05.2006)

Wie nicht anders zu erwarten, wurden die aus einer kritischen Bilanz der 15jährigen Bemühungen um DDR-Aufarbeitung heraus entwickelten Vorschläge der Sabrow-Kommission sofort frontal als geschichtswissenschaftliche „Verharmlosung der DDR“ angegangen. Kulturstaatsminister Neumann selbst appellierte an subtil-antiintellektuelle Instinkte seiner Klientel, indem er der Befürchtung Ausdruck gab, eine professionellere „DDR-Aufarbeitung“ werde „eine hochwissenschaftliche, blutleere (!) Einrichtung zur bloßen Wissensvermittlung werden“ (Berliner Zeitung, 26.05.2006). Seine Mitstreiter gingen da schon direkter zur Sache. Im Vorfeld einer Anhörung im Bundestag beschwor Hubertus Knabe (Gedenkstätte Hohenschönhausen) die Gefahr einer Mediatisierung des Gedenkens in einem „Erinnerungskombinat“ für „staatlich geförderte Ostalgie“. Jochen Staadt vom „Forschungsverbund SED-Staat“ der FU Berlin wütete in der FAZ gegen eine „einseitige“ Zusammensetzung der Sabrow-Kommission, sein Kompagnon Manfred Wilke erhob bei der Anhörung selbst den Vorwurf des „institutionellen Lobbyismus“ der Kommissionsmitglieder. Auch der Wortführer der Weimarer Tagung vom Oktober 2005, Prof. Horst Möller, Direktor des „Instituts für Zeitgeschichte“ in München, war wieder mit von der Partie: Er wandte sich vehement gegen eine stärkere Einbeziehung des DDR-Alltages, denn die Stasi sei charakteristischer für die DDR gewesen als beispielsweise die Kinderkrippen. Daher drohe ein „weichgespültes DDR-Bild“, das „nicht

funktionieren“ (!) könne, wenn man den Empfehlungen der Sabrow-Kommission folge.

Im Vergleich zu diesem Getöse waren die Stellungnahmen zweier Theologen aus der DDR-Opposition geradezu wohltuend. Pastor Joachim Gauck, ehemaliger Leiter der nach ihm benannten Behörde, ließ Distanz zu der bisherigen, teilweise mit „Überwältigungspädagogik“ – so seine eigene Wortwahl – operierenden „DDR-Aufarbeitung“ erkennen: „Überwältigungspädagogik überzeugt nicht immer.“ (Der Spiegel, 25/2006). Der Theologieprofessor Richard Schröder, ehemals Vorsitzender der SPD-Fraktion der DDR-Volkskammer, erklärte die Behauptung, Alltagsgeschichte der DDR bedeute Verharmlosung, schlicht für „Unfug“: „Die Debatte ist eine Luftblase. Die Kommission meint den Alltag in der Diktatur, nicht irgendwelche nostalgischen Erinnerungen, wie ihr bössartigerweise unterstellt wird. Es geht darum, das normale, unerfreuliche Leben in der Diktatur zu betrachten.“ (taz, 08.06.2006)

Was aus den Empfehlungen der Sabrow-Kommission wird, wenn die Bundesregierung Anfang des Jahres 2007 unter der Federführung von Minister Neumann „Leitlinien“ zur zeitgeschichtlichen Erinnerung vorlegt, wird erneut zu prüfen sein. Jedenfalls hat die Debatte um die Empfehlungen den Blick geschärft für unhaltbare Zustände in der öffentlichen Erinnerung an die SED-Herrschaft, die sich seit 1989 urwüchsig und angeheizt durch enorme Geldbeträge entwickelt haben. Man sollte die Empfehlungen der Kommission jedoch auch nicht überschätzen. Sie tragen Kompromißcharakter. Die Frage, ob die Geschichte der DDR unabhängig von der Geschichte der BRD und unter Abstraktion von dem die deutsche Zweistaatlichkeit überformenden Geschehen des epochalen „Kalten Krieges“ überhaupt angemessen behandelt werden kann, wurde von ihr nicht beantwortet. Die schwärende Legitimationskrise der wirtschaftlichen und politischen Eliten des vereinigten Deutschland dürfte bald dazu führen, daß auch wieder verstärkt kritische Fragen zur westdeutschen Wirtschaftswunder-Republik gestellt werden, die den Ostdeutschen jahrzehntelang als nichthinterfragbares „Erfolgsmodell“ vor das geistige Auge gestellt wurde.

Bei der zweiten Ereigniskette, die hier zu erwähnen ist, geht es weniger um „Diskurse“, dafür noch mehr um öffentliches Getöse und teilweise schlicht um Krawall. Auch hier beginnt das Jahr 2006 schon im

Spätsommer 2005. Am 16. August 2005 berichtete die „Berliner Zeitung“ über einen öffentlichen Eklat auf dem Gelände des früheren KZ Sachsenhausen in Oranienburg. Dort hatte der ehemals in der DDR inhaftierte Ulrich Schacht, der sich heute als Publizist im rechtsradikalen Spektrum bewegt, einen Eklat ausgelöst. In einer fast einstündigen Rede hatte er „das linksliberale Establishment der Bundesrepublik“ scharf angegriffen, weil dieses „das Gedenken an die NS-Opfer hoch hielten, aber das Gedenken an die Opfer kommunistischer Herrschaft zu kurz kommen ließ.“ Während der Leiter der Gedenkstätte diesen Auftritt rügte („Es ist unmöglich, politische Kampfreden auf Gräbern zu halten!“), war dem „Junge Freiheit“-Autor eine Sprecherin der Insassen des sowjetischen Internierungslagers in Sachsenhausen zur Seite gesprungen: „Wir fühlen uns als Opfer zweiter Klasse!“

Wer dies für das seit 1989 übliche Gezänk hielt, das an KZ-Standorten, an denen der sowjetische NKWD seinerseits nach 1945 menschenfeindliche Internierungslager eingerichtet hatte, in immer wiederkehrenden Formeln ausgetragen wird, sollte im April 2006 eines Besseren belehrt werden. Beim Jahrestag der Befreiung des KZ Sachsenhausen durch die Rote Armee, der traditionell unter Anwesenheit von KZ-Überlebenden aus dem In- und Ausland und Vertretern des politischen Lebens begangen wird, war es der Brandenburger Innenminister Jörg Schönbohm (CDU), der den nächsten Eklat auslöste. Als Vertreter seines Bundeslandes hielt er dem auf „Antifaschismus“ und die Ereignisse des Frühjahrs 1945 eingestimmten Publikum eine Festrede, die in dem kategorischen Imperativ gipfelte, nachdem 40 Jahre lang „einseitig“ der Nazi-Opfer gedacht worden wäre, sei jetzt auch mal die andere Seite dran – die Opfer der Sieger. Die bundesweite Aufregung über diese Ansprache eines stellvertretenden Ministerpräsidenten blieb nicht aus. Was besonders peinlich war: Eine Delegation KZ-Überlebender der französischen Resistance, aus den Vorjahren schon gewöhnt an derartige Vorfälle, wurden beim Niederlegen ihrer Kränze jeweils von Offizieren der französischen Armee begleitet, um ihren Status als Repräsentanten der „Grande Nation“ zu unterstreichen. Diese Geste hielt man seitens der französischen Regierung offenbar für erforderlich.

Wer geneigt war, auch den neuerlichen Eklat als Pawlowschen Reflex eines notorischen CDU-Rechtsaußen zu bewerten, wurde im August

2006 abermals ins Unrecht gesetzt. Bei der Eröffnung des Weimarer Kunstfestes, das seit einigen Jahren in Form eines künstlerisch-gestalteten Buchenwald-Abends begangen wird, war der neue Vizekulturminister Hermann Schäfer als Redner geladen. Der ehemalige Direktor des Bonner Hauses der Geschichte und Spezialist für das Thema „deutsche Vertriebene“ widmete sich dieser Aufgabe mit einer Rede, in der er – trotz Anwesenheit prominenter Buchenwald-Häftlinge – mit keinem Wort auf das vor den Toren Weimars gelegene KZ einging, dafür aber um so ausführlicher auf Günter Grass' Jugendtorheiten und die deutschen Leidtragenden alliierter Maßnahmen. Das zahlreiche bildungsbürgerliche Weimarer Publikum, kultiviert und höflich, wie man es kennt, reagierte voller Empörung zunächst mit Hüsteln, dann mit Zwischenrufen, schließlich mit rhythmischem Klatschen, so daß der Redner seine Ansprache abbrechen mußte. Der Eklat hätte nicht größer sein können und ist wohl nur vergleichbar mit der vollkommen verunglückten Rede zur Judenverfolgung, die Bundestagspräsident Jennings politische Karriere im Jahre 1988 beendete. Die Feuilletons ergingen sich tagelang in Erörterungen über die Ursachen für diesen Fauxpas, darunter auch über die Frage, ob sich hier ein Kurswechsel in der staatlichen Geschichtspolitik andeute, hin zu einer Einebnung der qualitativen Differenz zwischen Opfern von Nazi-Verbrechen und deutschen Leidtragenden des Zweiten Weltkrieges. Dies wurde von Prof. Schäfer und seinem Vorgesetzten, Kulturminister Bernd Neumann zwar sofort in Abrede gestellt, ist jedoch nicht völlig abwegig, wenn man die oben erwähnte Stellungnahme der beiden Herren zu den Bemühungen um eine größere Seriosität der „DDR-Aufarbeitung“ kennt. Auch angesichts der Berater, auf die sie sich stützen, deutet nichts darauf hin, daß es sich hier nur um konservative Tollpatschigkeit im Umgang mit deutscher Geschichte handelt.

Das Faß zum Überlaufen brachte schließlich Anfang Oktober 2006 der greise Politikwissenschaftler Arnulf Baring von der FU Berlin, nachdem er als Referent auf einer Veranstaltung der CDU-Fraktion des hessischen Landtages („Was uns leitet“) in freier Rede das Nazi-Regime als „eine beklagenswerte Entgleisung“ bezeichnet hatte. Baring verwahrte sich dagegen, daß die Judenvernichtung als Verbrechen „einzigartig und unvergleichbar“ sei: „Das scheint mir schon eine Übertreibung

zu sein.“ Man solle nur an die Millionen Menschen denken, die in der Sowjetunion umgebracht worden seien. Die These von der Einzigartigkeit deutscher Verbrechen nannte Baring „Sünderstolz“ und „eine merkwürdige Art von Überheblichkeit“. Zu den Gewalttaten heutiger Rechtsextremisten sagte Baring, diese seien nicht neonazistisch motiviert: „Das sind keine Nazis“, vielmehr gehe es um „Jugendverirrungen“ von Leuten, „die sich wichtig machen wollen. Das ist nicht politisch.“ Der Veranstaltungsleiter, CDU-Fraktionschef Christean Wagner, meinte dazu, der Redner habe „vielen aus dem Herzen gesprochen“ und „Meinungen artikuliert, die überhaupt vor zehn, zwanzig Jahren noch gar nicht zugelassen waren im öffentlichen Bereich“. Dies war als Lob gemeint.

Die Oppositionsparteien im hessischen Landtag, darunter die Liberalen, beantragten daraufhin eine aktuelle Stunde, denn Barings Worte hätten „auf NPD-Veranstaltungen heftige Beifallsstürme hervorgerufen“. CDU-Fraktionschef Wagner warf in der Debatte den Oppositionsparteien „ein ungeklärtes Verhältnis zu unserem Vaterland“ und ein gespaltenes Verhältnis zur Freiheit der Wissenschaft vor. Dies führte zu Tumulten und einer Unterbrechung der Sitzung – ein weiterer Eklat, der diesmal die hessische Regionalpresse tagelang beschäftigte.

Man kann kaum glauben, daß diese Vorfälle ohne inneren Zusammenhang sein sollten. Um das Systematische hinter den abstrusen Ereignissen zu erfassen, lohnt sich ein Rückblick in die Zeit unmittelbar nach dem Ende der DDR: Von Anfang bis Mitte der 90er Jahre gab es um die ostdeutschen KZ-Gedenkstätten Buchenwald und Sachsenhausen eine erbitterte Auseinandersetzung über die „richtige“ Geschichtserinnerung. Schon damals versuchten rechtskonservative Kreise massiv, an diesen Orten die Totalitarismustheorie zur verbindlichen Richtlinie der historischen Darstellung zu erheben. Ansatzpunkt dafür war die in der Tat skandalöse Tabuisierung der sowjetischen Internierungslager, welche der NKWD an diesen Orten zwischen 1945 und 1950 unterhielt. Die SED hatte die Existenz dieser Lager aus dem offiziellen Geschichtsbild getilgt.

Die neugebildeten Landesregierungen in Brandenburg und Thüringen beriefen 1991 prominent zusammengesetzte Historikerkommissionen, die sich mit der nach dem Ende der DDR unabdingbaren Frage der Neu-

gestaltung der KZ-Gedenkstätten gründlich befaßten. Hinter der Lobbyarbeit rechtskonservativer Kreise für die Stalinismus-Opfer in der DDR stand schon damals die Absicht, die These von den zwei (angeblich identischen) „Diktaturen der NSDAP und der SED“ neu zu verankern. In beiden Bundesländern kamen die Fachkommissionen hingegen bei ihren sehr sorgfältigen Abwägungen letztlich zu dem Ergebnis, daß die ostdeutschen Gedenkstätten, die sich gerade mühten, die Verzerrungen der SED-Staatsdidaktik abzulegen, als Symbole der umstrittenen Totalitarismusthese nicht geeignet waren. In beiden Kommissionen bestand Einigkeit darüber, daß das bisherige Verschweigen der sowjetischen Internierungslager in der musealen Gestaltung der Gedenkstätten fraglos zu überwinden sei. Aber diese Erinnerung sollte der Erinnerung an die NS-Verbrechen nachgeordnet sein. Es sollte deutlich werden, daß die NS-Phase und die Sowjet-Phase dieser Lager zwar chronologisch aufeinander folgten, aber nicht durch völlige Identität, sondern eher durch ein Verhältnis von Ursache und Wirkung miteinander verbunden waren. Auch waren sowohl die Schwere der Verbrechen an den Häftlingen als auch ihre Anzahl und die Zahl der Toten in den KZs der Nazi-Zeit viel größer gewesen.

Auf dieser Linie wurde die Neugestaltung der KZ-Gedenkstätten seither betrieben – mit dem Ergebnis, daß die aufgeregten Debatten Mitte der 90er Jahre für ein Jahrzehnt abklagen. Die differenzierten und weisen Lösungen der Fachkommissionen der frühen 90er Jahre wurden jedoch schon damals in rechtskonservativen Kreisen nur murrend und unter dem Druck scharfer Kritik aus dem In- und Ausland hingenommen. Anzeichen dafür war das nie verstummende Klagen dieser Kreise, die Leidtragenden der sowjetischen Besatzungsherrschaft würden als „Opfer zweiter Klasse“ behandelt. Diese Begrifflichkeit wird in den Milieus der politischen Rechten seit dem Erscheinen von Hubertus Knabes geschichtsrevisionistischer Neuinterpretation des Kriegsendes („Tag der Befreiung?“) im Jahre 2005 wieder intensiv und geradezu inflationär verwendet.

Daher ist die von rechtskonservativen Politikern und Publizisten während des Jahres 2006 verursachte Eklat-Serie eine Neubelebung alter Muster. Dem Kenner der Auseinandersetzungen in den frühen 90er Jahren muß es vorkommen, als habe man ein 15 Jahre altes Drehbuch aus

dem Archiv geholt. Wie unmittelbar nach der Vereinigung geht es darum, die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus zu Gunsten einer Beschäftigung mit dem SED-Staat sowie dem Kommunismus im allgemeinen zurückzudrängen. Dabei fördert man eine urwüchsige Arbeitsteilung zwischen Rechts und Links, wonach das konservative Lager sich ausschließlich für Kritik des Kommunismus zuständig wähnt, während die Erinnerung an den Nationalsozialismus wechselweise als Fortsetzung des SED-Antifaschismus oder fixe Idee von „Alt-68ern“ abgetan wird. Auf diese Weise läßt sich auch verschleiern, daß die deutschen Konservativen nach 1945 sich zu keinem Zeitpunkt über eine genuine Methode der Kritik des Nationalsozialismus jenseits der Rot-gleich-Braun-These verständigen konnten, man auf diesem Gebiet teilweise nicht sprechfähig ist.

Standen jedoch vor 15 Jahren unter dem Eindruck der Implosion des sowjetischen Imperiums ideologische Motive bei der Revitalisierung der Totalitarismustheorie eindeutig im Vordergrund, so geht es gegenwärtig sowohl bei der Abwehr einer Qualitätsverbesserung der DDR-Aufarbeitung (Stichwort Sabrow-Kommission) wie auch bei der Herabwürdigung der Erinnerung an den Nationalsozialismus vor allem um die materielle Absicherung jenes wildwüchsigen Institutionengeflechtes, welches um die Gauck-Birthler-Behörde herum entstanden ist.

Dies wird bei der Betrachtung des dritten Konfliktes in der Zeitgeschichte des Jahres 2006 deutlich, der sich mit dem Begriff „Rosenholz-Datei“ verbindet. Bei dieser Datei handelt es sich um eine elektronisch gespeicherte Liste westdeutscher Kontaktpersonen der „Hauptverwaltung Aufklärung“ des „Ministerium für Staatssicherheit der DDR“. Das war jener Teil des MfS, der sich mit dem Kerngeschäft von Geheimdiensten, der Auslandsspionage, beschäftigte. Sein Chef war der kürzlich verstorbene Markus Wolf. Die Rosenholz-Datei geriet in den Wirren der ostdeutschen Wende in die Hände des CIA, wo sie jahrelang ausgewertet und 2003 an die Gauck-Birthler-Behörde übergeben wurde. Sie enthält die sowohl Namen von Bürgern der Bundesrepublik und der DDR, die für die Stasi spionierten, als auch die solcher Personen, die vom Geheimdienst der DDR lediglich ausgehorcht („abgeschöpft“) wurden.



Es ist nur schwer zu klären, welche Qualität die Kontakte der in der Datei verzeichneten Personen jeweils hatten. Bekannt wurde der Fall des „Linkspartei“-Vorsitzenden Lothar Bisky, dessen Wahl als Bundestagsvizepräsident unter Verwendung von Angaben aus der Rosenholz-Datei vereitelt wurde. Jochen Staudt vom „Forschungsverbund SED-Staat“ der FU Berlin, bekannt für seine Kampagnen gegen ostdeutsche Intellektuelle, hatte am Tag der Wahl durch einen FAZ-Kommentar („Der Funktionär“) den Kandidaten regelrecht durch Blattschuß erlegt.

Kurz vor Beginn der Sommerpause 2006 veröffentlichte der Journalist Thoralf Staudt in „Die Zeit“ einen Artikel unter der Überschrift „Wer hat Angst vor Rosenholz“, der brisante Behauptungen auf zwei Zeitebenen enthielt. Zum einen wurde behauptet, während der Regierungszeit von Bundeskanzler Willy Brandt und zur Zeit des gescheiterten Mißtrauensvotums der CDU im Jahre 1972 hätten 43 Abgeordnete des Bundestages in Kontakten mit dem Geheimdienst gestanden, das Gros darunter Mitglieder der SPD-Fraktion. In den Tagen danach geisterte die Formulierung durch die Medien, die Stasi sei „in Fraktionsstärke“ im Bundestag vertreten gewesen. Die nur verklausuliert genannte Schlußfolgerung würde die Öffentlichkeit selbst ziehen: Die Politik der damaligen SPD/FDP-Regierung wurde aus Ostberlin und Moskau gesteuert. Eine neue Variante der alten Parole „Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau.“ „Die Welt“ vermutete denn auch die „Unzufriedenheit mit der Großen Koalition“ im rechten Milieu stehe hinter der Neubelebung alter Streitgegenstände: „Mißtrauensvotum, Ostpolitik, Willy Brandt“ (14.08.2006).

Zum anderen wurden mit Berufung auf die schon erwähnten Hubertus Knabe und Manfred Wilke schwere Vorwürfe gegen Marianne Birthler als Leiterin der Gauck-Behörde erhoben: Sie behindere seit längerem die Auswertung der Rosenholz-Datei und verzögere die Veröffentlichung eines Berichtes über darin verzeichnete DDR-Agenten in wichtigen Positionen der westdeutschen Politik, um ihre eigene Wiederwahl als Behördenleiterin sicherzustellen. Auch der neue Kulturminister Neumann waltete flugs seines Amtes und forderte die Nachfolgerin von Joachim Gauck namens der Bundesregierung zu einer „detaillierten Stellungnahme“ auf.

Es kam, wie es kommen mußte: Die Vorwürfe an Frau Birthler erwiesen sich im Laufe des Sommers als Behördenintrige, die von den Angehörigen der zeithistorischen Krawallfraktion um Hubertus Knabe und Manfred Wilke lediglich instrumentalisiert worden war. Zu den Hintergründen schrieb die „Berliner Zeitung“ am 29. Juni 2006: „Wissenschaftler und Politiker sehen in den massiven Angriffen Wilkes gegen Birthler auch den Versuch, die Behörde zu beschädigen und eine schnellere Auflösung zu befördern – in der Hoffnung, dann selbst mehr Forschungsgelder und besseren Zugang zu den Stasi-Akten zu erhalten.“ Der Berliner Theologieprofessor Richard Schröder (SPD), Vorsitzender des Beirats der Birthler-Behörde, formulierte es in der ihm eigenen Unverblümtheit: „Wilke spinnt. Seine Vorwürfe sind maßlos und einfach schoflig. Hat er Beweise, daß Frau Birthler Erkenntnisse unterdrückt hat? Dann soll er sie vorlegen. Sonst betätigt er sich wie die Stasi selbst – mit Verleumdung.“

Während der zweiten Jahreshälfte wurden die Namen der rund 40 in der Rosenholz-Datei verzeichneten Abgeordneten in zwei Tranchen veröffentlicht. Wie sich nun zeigte, waren darunter vier Abgeordnete, deren Stasi-Tätigkeit seit langem bekannt war (Steiner/CDU, Born/FDP, Wienand/SPD, Wagner/CSU). Die anderen waren wohl nur durch den DDR-Geheimdienst „abgeschöpft“ worden, darunter auch so prominente Politiker wie Franz-Josef Strauß, Erich Mende und Helmut Schmidt. Niemand, der bei Verstand ist, wird sie als Stasi-Mitarbeiter verdächtigen. Auch hierzu gab es von dem Theologen Richard Schröder eine unver-schnörkelte Stellungnahme: „Die Fachleute sind sich einig, daß von weiteren Recherchen mittels der Rosenholz-Datei spektakuläre Stasi-Enthüllungen nicht zu erwarten sind. Der Grund: Das Feld ist abgegrast ...“ (Die Welt, 14.09.2006)

Am Ende des Jahres 2006 ist die antitotalitäre Krawallfraktion der deutschen Zeitgeschichte arg in die Defensive geraten. Auch unter ihren politischen Bündnispartnern breitet sich Unbehagen aus angesichts der geschichtspolitischen Konfrontationsstrategie: „Diese Strategie der politischen Zuspitzung in der Diskussion über die Vergangenheit wird in der Union allerdings nicht von allen gutgeheißen. ‚Ich weiß, daß es da Leute gibt, die das versuchen‘, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Bosbach, ‚aber wir brauchen die Überparteilichkeit und darüber besteht

auch bei einer Mehrheit der Fraktion Einigkeit.' Auch Monika Grütters, kulturpolitische Sprecherin der Berliner CDU-Fraktion, sieht die Tendenz und hält sie für problematisch ...“ (Die Welt, 14.08.2006). Weiter links wird da unverhüllter geredet: „Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) sieht einen ‚geschichtspolitischen Kleinkrieg‘ im Gang, an dem sich vor allem ‚Historiker mit eigenen Geschäftsinteressen‘ beteiligen, so der Berliner ‚Forschungsverbund SED-Staat‘ an der FU Berlin und das Münchner ‚Institut für Zeitgeschichte‘: Die Birthler-Behörde mit ihren 2000 Mitarbeitern und dem Etat von 100 Millionen Euro wecke da häufig Neidgefühle.“ (ebenda).

\*\*\*

Am Ende dieser Betrachtung dreier geschichtspolitischer Konflikte im Jahre 2006 kann nur eine sehr kritische Bilanz stehen. Die an Zeitgeschichte und Erinnerungskultur interessierte Öffentlichkeit muß stärker darüber informiert werden, in welchem Ausmaß materielle und parteipolitische Motive hinter den Debatten stehen, die sich als hypermoralische Unternehmungen historischer Aufklärung über die Katastrophen der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts darstellen. Insbesondere der nach 40jähriger „Geschichtspropaganda“ der SED um ihre intellektuelle und kulturelle Identität ringenden Bevölkerung der „neuen Bundesländer“ wird durch geschichtspolitische Medienkampagnen und zeithistorischen Enthüllungsjournalismus ausgebuffter Pressure-groups die biographische und gesellschaftliche Orientierung mehr erschwert als erleichtert. Die gegenwärtig in einer Großen Koalition verbundenen „Volksparteien“ aus dem Westen benutzen nach einem Wort des Publizisten Peter Bender die ostdeutschen Länder teilweise nur als „Arena ihrer Machtrivalität“. Dies gilt auch für Teile der Wissenschafts-, Kultur- und Bildungspolitik. Ein besonders trübes Kapital ist die parteipolitische Funktionalisierung von Opferverbänden, die in den Scharmützeln um Gedenkstätten und Museen wie ein antiker Chor auf die Bühne geschickt werden.

Die nach 1989 unumgängliche Finanzierung großer kultureller Institutionen im Osten durch den Bund und die vorschnell als Beitrag zur Überwindung kulturpolitischer Kleinstaaterei gerühmte Bildung einer

Kulturadministration im Kanzleramt haben die zeitgeschichtliche Forschung und Bildung sowie ihre Veranschaulichung in Gedenkstätten und Museen in sehr ungutem Maße an einen staatspolitischen Überbau gekoppelt, der die Inhalte kultureller Institutionen über das Instrument der Mittelvergabe steuert. Grundlage sind parteipolitische Formelkompromisse, die oftmals sachfremd in nach Parteiproporz besetzten Ausschüssen, Stiftungsräten und Kuratorien ausgehandelt werden. Bevölkert werden sie durch einen neuen Typus von Oberpriestern und Kulturmanagern, die sich gegenseitig mit akademischen Titeln adeln und darin versiert sind, durch PR-Kampagnen und hypermoralische Ansprache für den nötigen Beifall beim Publikum zu sorgen. Der Typus des gewissenhaften Archivforschers oder des idealistischen Vermittlers von Kultur und Geschichte ist von den Zeremonienmeistern der Eventkultur in die Magazine des Betriebes abgedrängt worden und fungiert dort als Fußvolk.

Ganz im Gegensatz zum vorherrschenden Zeitgeist erweist sich dieser Kulturbetrieb als ebenso staatsfromm wie staatsförmig. Die Gesellschaft sollte ihn sich wieder aneignen.

Mit Genehmigung des Autors (1991–1994 Leiter der Gedenkstätte Buchenwald) herausgegebener Sonderdruck eines Beitrages, der unter dem Titel „(K)ein Ende der (Zeit)geschichte“ im Heft 135 (Winter 2006/07) der Zeitschrift „Ästhetik und Kommunikation“ erschien.

Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V., Käthe-Kollwitz-Str. 6, 07743 Jena ([www.rosa-luxemburg-stiftung-thueringen.de](http://www.rosa-luxemburg-stiftung-thueringen.de)). V.i.S.d.P.: Vera Haney